



Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens (Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien – FwZR)



1.004

Sonderdruck für die Feuerwehren Bayerns

Sonderdruck für die Feuerwehren Bayerns

Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des kommunalen Feuerwehrwesens

(Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien – FwZR)

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für
Sport und Integration

vom 23. Dezember 2024, Az. D1-2244-1-207

¹Der Freistaat Bayern fördert gemäß Art. 3 des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG) den abwehrenden Brandschutz und den technischen Hilfsdienst und gewährt hierzu nach Maßgabe dieser Richtlinien und der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere der Verwaltungsvorschriften zu Art. 44 BayHO) Zuwendungen. ²Vorhaben werden ohne Rechtsanspruch nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gefördert.

Inhaltsverzeichnis

1. ZWECK DER ZUWENDUNG	6
2. GEGENSTAND DER FÖRDERUNG	7
3. ZUWENDUNGSEMPFÄNGER	9
4. ZUWENDUNGSVORAUSSETZUNGEN	9
4.1 Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit	9
4.2 Maßnahmebeginn	9
4.3 Technische Vorschriften	10
4.4 Besondere Einrichtungen in Feuerwehrräumen	10
4.5 Besondere Zuwendungsvoraussetzungen für Feuerwehrfahrzeuge, -anhänger und -gerät	12
4.6 Ergänzende Zuwendungsvoraussetzungen beim Bau von Feuerwehrräumen – Baukostenzuschuss	16
4.7 Besondere Zuwendungsvoraussetzungen bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen im Wege eines Raten- oder Mietkaufs	18
4.8 Besondere Zuwendungsvoraussetzungen beim Bau von Feuerwehrräumen mit alternativen Finanzierungsmodellen (insbesondere Mietkauf)	19
5. KOMMUNALE KOOPERATIONEN	20
5.1 Gemeinsame Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen bzw. -anhängern durch mehrere Kommunen	20
5.2 Gemeinschaftliche Feuerwehrräume mehrerer Kommunen, gemeinsame Atemschutz-Übungsanlagen, Atemschutzwerk- stätten oder Schlauchpflegeeinrichtungen mehrerer Kommunen ...	20
6. ART UND UMFANG DER ZUWENDUNG	22
6.1 Art der Förderung	22
6.2 Zuwendungsfähige Ausgaben	22
6.3 Höhe der Zuwendung	24
6.4 Mehrfachförderung	25

7. VERFAHREN.....	26
7.1 Form des Zuwendungsantrags, Unterlagen	26
7.2 Entscheidung über den Zuwendungsantrag	27
7.3 Bewilligung	28
7.4 Bindungsfrist.....	28
7.5 Abnahme	28
7.6 Nachweis der Verwendung.....	29
7.7 Beteiligungsverzicht.....	29
8. SCHLUSSBESTIMMUNGEN	30
8.1 Inkrafttreten, Außerkrafttreten.....	30
8.2 Übergangsregelung	30
ANLAGEN	32
Anlage 1 Höhe der Festbeträge für Feuerwehrrhäuser	32
Anlage 2 Höhe der Festbeträge für Beschaffungen (Feuerwehrfahrzeuge und -geräte).....	33
Anlage 3 Antrag	36
Anlage 4 Verwendungsbestätigung	38
Anlage 5 Abnahmeprotokoll.....	40
Anlage 6 Auszahlungsantrag	47
Anlage 7 Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH)	49
Anlage 8 Generalsanierungen (Anlage zu Anlage 3 und Anlage 4)	54

1. ZWECK DER ZUWENDUNG

¹Zuwendungen nach diesen Richtlinien sollen den Zuwendungsempfängern die für den abwehrenden Brandschutz und den technischen Hilfsdienst im Sinne der Art. 1 und 2 BayFwG notwendigen Baumaßnahmen und Beschaffungen ermöglichen. ²Damit soll erreicht werden, dass die Gemeinden ihre Feuerwehren so aufstellen, ausrüsten und unterhalten können, dass diese einen wirksamen abwehrenden Brandschutz und eine effektive technische Hilfeleistung für das Gemeindegebiet gewährleisten können. ³Zugleich sollen die Landkreise dabei unterstützt werden, die für den Einsatz der gemeindlichen Feuerwehren überörtlich erforderlichen Fahrzeuge, Geräte und Einrichtungen zu beschaffen. ⁴Die Regelungen des Art. 7 Abs. 2 des Integrierte Leitstellen-Gesetzes bleiben unberührt.

2. GEGENSTAND DER FÖRDERUNG

Gegenstand der Förderung sind:

2.1 Schaffung von notwendigen Stellplätzen durch

- Neubau eines Feuerwehrhauses,
- Einrichtung eines neuen Feuerwehrhauses in ein zu diesem Zweck erworbenes Gebäude,
- folgende Erweiterungsmaßnahmen:
 - › Anbau von notwendigen weiteren Stellplätzen an ein bestehendes Feuerwehrhaus,
 - › Neubau von notwendigen weiteren Stellplätzen, die nicht in das bestehende Feuerwehrhaus integriert oder unmittelbar angebaut werden können, wenn zum Feuerwehrhaus ein räumlich-funktionaler Zusammenhang besteht,
 - › Einrichtung von notwendigen weiteren Stellplätzen in ein im Eigentum der Gemeinde stehendes bzw. in ein zur Einrichtung eines Feuerwehrhauses und zu dieser Nutzung erworbenes Gebäude, wenn zum Feuerwehrhaus ein räumlich-funktionaler Zusammenhang besteht,
- Einrichtung eines neuen Feuerwehrhauses in ein bereits im Eigentum der Gemeinde stehendes Gebäude.

2.2 Generalsanierung von Feuerwehrhäusern

¹Eine Generalsanierung dient der grundlegenden Überholung eines Feuerwehrhauses und bringt dieses auf denselben baulichen Stand, den es im Fall eines Neubaus aufweisen müsste. ²Eine an sich erforderliche Neuerrichtung eines Neubaus wird damit vermieden.

2.3 Ersatz von baulich nicht UVV-gerechten Stellplätzen durch neu errichtete Stellplätze, auch wenn dies nicht zu einer Erhöhung der Gesamtzahl der notwendigen Stellplätze führt.

2.4 Neubau von Schlauchtürmen als Halb- oder Vollturm sowie von Atemschutzwerkstätten und Atemschutz-Übungsanlagen.

2.5 Kauf von Fahrzeugen, Anhängern, Ausstattung und Geräten, soweit in Anlage 2 aufgeführt.

2.6 Neubau von Übungshäusern für die Ausbildung (entsprechend Baubeschreibung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration).

2.7 Ersatzerrichtung und Ersatzbeschaffung der unter den Nrn. 2.1 bis 2.6 genannten Fördergegenstände.

2.8 Erstmalige Schaffung von geschlechtergetrennten Sanitärräumen (WC-Anlagen, Waschbecken und Duschen) in bestehenden Feuerwehrlhäusern.

3. ZUWENDUNGSEMPFÄNGER

Zuwendungen können Gemeinden, Landkreise sowie Verwaltungsgemeinschaften, denen die Mitgliedsgemeinden ihre Aufgaben im Feuerwehrwesen übertragen haben, und kommunale Zweckverbände erhalten.

4. ZUWENDUNGSVORAUSSETZUNGEN

4.1 Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit

¹Die Maßnahmen müssen geeignet sein, die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr aufrechtzuerhalten oder zu verbessern; sie müssen ferner fachlich notwendig und wirtschaftlich sein. ²Bei Beschaffungsmaßnahmen ist auch die Ausstattung anderer Feuerwehren der Gemeinde und benachbarter Feuerwehren zu berücksichtigen. ³Bei der Stellplatzförderung ist es nicht erforderlich, dass es sich bei dem Fahrzeug, das auf diesem Stellplatz untergebracht werden soll, um ein förderfähiges Fahrzeug handelt; ausreichend ist, dass das Fahrzeug

- für die Erfüllung der gemeindlichen Pflichtaufgaben im abwehrenden Brandschutz und bei der technischen Hilfeleistung

oder

- für die Erfüllung der Pflichtaufgabe der Landkreise für den Einsatz der gemeindlichen Feuerwehren überörtlich

erforderlich ist.

4.2 Maßnahmebeginn

Zuwendungen dürfen nur für solche Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind (VV Nr. 1.3 zu Art. 44 BayHO).

4.3 Technische Vorschriften

4.3.1 Feuerwehrrhäuser

¹Bei der Planung und Ausführung von Feuerwehrrhäusern (auch bei Generalsanierungen) sind die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften sowie die in der DIN 14092 Teil 1, 3 und 7 enthaltenen Festlegungen zur Sicherheit sowie zur Notstromversorgung mit Ersatzstromerzeuger (Mindestausstattung: ein mobiler Stromerzeuger nach DIN/TS 14684 zur externen Gebäudeinspeisung) zu beachten. ²Für die Planung wird zudem empfohlen, auch die übrigen fachlichen Inhalte der DIN 14092 Teil 1, 3 und 7 zugrunde zu legen; bei Atemschutz-Übungsanlagen wird empfohlen, die DIN 14093 der Planung zugrunde zu legen.

4.3.2 Feuerwehrfahrzeuge, -anhänger und -geräte

¹Die Fördergegenstände müssen den technischen Vorschriften sowie den anerkannten und geltenden Regeln der Technik entsprechen (insbesondere Unfallverhütungsvorschriften, einschlägige Normen sowie Bau- und Prüfvorschriften). ²Sie müssen, soweit erforderlich, geprüft und zugelassen oder anerkannt sein. ³Es muss sichergestellt sein, dass Feuerwehrfahrzeuge, -anhänger und -geräte ordnungsgemäß im Feuerwehrhaus untergebracht werden.

4.4 Besondere Zuwendungsvoraussetzungen für Feuerwehrrhäuser und Feuerwachen, Schlauchpflegeeinrichtungen, Atemschutzwerkstätten und Atemschutz-Übungsanlagen sowie Übungshäuser

4.4.1 Schlauchpflegeeinrichtungen und deren Geräteausstattungen

¹Die Schlauchpflege nach DIN 14092-7 soll aufgrund des Gebots der Wirtschaftlichkeit durch die Errichtung von Schlauchpflegeeinrichtungen durch leistungsfähige Feuerwehren, durch die Errichtung von Schlauchpflegeeinrichtungen, die durch mehrere andere Feuerwehren mitbenutzt werden oder durch die Mitbenutzung von bereits vorhandenen Schlauchpflegeeinrichtungen sichergestellt werden; dies ist Voraussetzung für die Förderung des Baus sowie der Beschaffung der technischen Grundausstattung in Schlauchtürmen und der zur Schlauchpflege erforderlichen Gerätegrundausstattung oder der Beschaffung von

vollautomatischen Kompaktanlagen (Anlagen zum Waschen, Prüfen und Wickeln von Druckschläuchen). ²Für die Schlauchpflegeeinrichtungen wie auch Kompaktanlagen müssen die nach DIN 14092-7 erforderlichen Räume vorhanden sein.

4.4.2 Atemschutzwerkstätten und Atemschutz-Übungsanlagen sowie deren Geräteausstattungen

¹Atemschutzwerkstätten nach DIN 14092-7 und Atemschutz-Übungsanlagen nach DIN 14093 sollen von den Feuerwehren einer kreisfreien Gemeinde oder eines Landkreises gemeinsam genutzt werden. ²Der Bau und die Geräteausstattungen dieser Anlagen können deshalb in jeder kreisfreien Gemeinde und in jedem Landkreis grundsätzlich nur einmal gefördert werden.

4.4.3 Übungshäuser

¹Übungshäuser sollen von den Feuerwehren einer kreisfreien Gemeinde oder eines Landkreises gemeinsam genutzt werden. ²Der Bau und die Geräteausstattungen dieser Anlagen können deshalb in jeder kreisfreien Gemeinde und in jedem Landkreis grundsätzlich nur einmal gefördert werden. ³Eine Förderung erfolgt nur im Rahmen der durch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zugewiesenen Kontingente.

4.4.4 Die Förderung des Baus der in den Nrn. 4.4.1 bis 4.4.3 genannten Einrichtungen und der Beschaffung der entsprechenden Geräteausstattungen und technischen Ausstattung kann davon abhängig gemacht werden, dass sich der Zuwendungsempfänger verpflichtet, die Einrichtung nach Maßgabe der im Zuwendungsbescheid festzulegenden Voraussetzungen auch anderen Feuerwehren zur Mitbenutzung zur Verfügung zu stellen.

4.4.5 ¹Für Berufsfeuerwehren und Ständige Wachen werden bei Neubau und Erweiterung eines Feuerwehrhauses neben den notwendigen Stellplätzen, dem Bau von Schlauchtürmen, Atemschutzwerkstätten und Atemschutz-Übungsanlagen sowie der Beschaffung der technischen Grundausstattung in Schlauchtürmen und der Geräteausstattungen der in den Nrn. 4.4.1 und 4.4.2 genannten Einrichtungen zusätzlich pauschal Flächen von der Bewilligungsbehörde als förderfähig anerkannt (siehe Anlage 1). ²Bei der Beurteilung der Notwendigkeit ist die DIN 14092 zugrunde zu legen.

4.4.6 Bei der Generalsanierung von Feuerwehrhäusern sind zudem folgende Fördervoraussetzungen einzuhalten:

- Eine Generalsanierung wird nur gefördert, wenn die abschließend festgestellten zuwendungsfähigen Ausgaben den Betrag von 100 000 Euro überschreiten.
- Die Ausgaben der Generalsanierung dürfen nicht durch mangelhaften Bauunterhalt verursacht sein; werden die Maßnahmen erstmals 25 Jahre nach Inbetriebnahme des Feuerwehrhauses fällig, ist ohne besondere Prüfung davon auszugehen, dass sie nicht durch mangelhaften Bauunterhalt veranlasst sind.
- Es ist ein Sanierungskonzept vorzulegen, in dem die einzelnen Maßnahmen nach Art und Umfang dargestellt werden.

4.5 Besondere Zuwendungsvoraussetzungen für Feuerwehrfahrzeuge, -anhänger und -geräte

4.5.1 (Hilfeleistungs-)Löschgruppenfahrzeuge (H)LF 20 werden nur gefördert, wenn im Schutzbereich der Feuerwehr ein großes Gefahrenpotenzial (zum Beispiel mehrspurige Straße, größeres Gewerbe- und Industriegebiet) belegt werden kann und dies vom zuständigen Kreisbrandrat oder Stadtbrandrat oder Leiter der Berufsfeuerwehr in seiner fachlichen Stellungnahme bestätigt wird.

4.5.2 Sofern es im Einzelfall aufgrund besonderer örtlicher Gegebenheiten erforderlich und sachgerecht ist, kann die Regierung ausnahmsweise für die Beschaffung eines größeren als des fachlich notwendigen Fahrzeugs eine Förderung mit dem Förderfestbetrag, der für das fachlich notwendige Fahrzeug in Anlage 2 vorgesehen ist, bewilligen, sofern es sich um ein Fahrzeug derselben Klasse handelt (Löschgruppenfahrzeuge: LF 10 – LF 20; Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuge: HLF 10 – HLF 20; Tanklöschfahrzeuge: TLF 3000 – TLF 4000).

4.5.3 Der Gerätewagen-Tragkraftspritze GW-TS wird gefördert

- für Feuerwehren, deren einziges Einsatzmittel bisher ein Tragkraftspritzenanhänger TSA ist;

- für Feuerwehren, deren einziges Einsatzmittel ein Tragkraftspritzenfahrzeug TSF (ohne Atemschutz) ist, sofern der Stellplatz im Feuerwehrhaus nicht die Anforderungen für die UVV-gerechte Unterbringung eines TSF nach aktuell geltender DIN-Norm erfüllt.

4.5.4 Das Kleinalarmfahrzeug KLAF wird ausschließlich für Berufsfeuerwehren und Feuerwehren mit ständig besetzter Wache gefördert.

4.5.5 ¹Die Druckluftschaumanlage DLS nach DIN EN 16327 wird nur bei Neu- oder Ersatzbeschaffung von MLF, (H)LF 10, (H)LF 20, LF 20 KatS, TLF-WB, TLF 3000 und TLF 4000 gefördert. ²Eine Nachrüstung von Bestandsfahrzeugen ist nicht förderfähig.

4.5.6 ¹Gerätewagen Gefahrgut (GW-G) und Gerätewagen Atem-/Strahlenschutz werden nur nach Maßgabe eines Stationierungsplans gefördert. ²In jedem Landkreis oder jeder kreisfreien Gemeinde werden maximal drei Gerätewagen Logistik 2 (GW-L2) mit Zusatzbeladung Modul „Wasserversorgung“ oder AB Schlauch (Modul „Wasserversorgung“ gemäß DIN 14555-22 oder ein anderes für die Feuerwehr geeignetes Wasserfördersystem) gefördert; auf diese Anzahl sind die bereits durch den Freistaat Bayern geförderten Systeme anzurechnen, die noch der Bindungsfrist unterliegen. ³Über den Ort der Stationierung entscheidet der Kreisbrandrat oder Stadtbrandrat oder Leiter der Berufsfeuerwehr im Einvernehmen mit der Regierung. ⁴Die Regierungen können in besonders begründeten Ausnahmefällen weitere Systeme zulassen, wenn ein unter Beteiligung des Kreisbrandrats erstelltes Stationierungskonzept für den Landkreis einen weiteren Bedarf schlüssig belegt; sofern am vorgesehenen Stationierungsort bereits ein GW-L2 als Trägerfahrzeug vorhanden ist, ist die Zusatzbeladung Modul „Wasserversorgung“ auch einzeln förderfähig.

4.5.7 ¹Tanklöschfahrzeuge (TLF) sollen nur gefördert werden, wenn die Feuerwehr über mindestens ein (Hilfeleistungs-)Löschgruppenfahrzeug verfügt. ²Das TLF 4000 soll nur gefördert werden, wenn die Feuerwehr bereits mit mindestens zwei (Hilfeleistungs-)Löschgruppenfahrzeugen ausgestattet ist und die fachliche Stellungnahme des zuständigen Kreisbrandrats oder Stadtbrandrats oder Leiters der Berufsfeuerwehr ein großes Gefahrenpotenzial (zum Beispiel mehrspurige Straße, größeres Gewerbe- und Industriegebiet) bestätigt; abweichend davon kann auch eine

Förderung nach einem unter Beteiligung des Kreisbrandrats oder Stadtbrandrats oder Leiters der Berufsfeuerwehr erstellten Stationierungskonzept des Landkreises oder der kreisfreien Gemeinde erfolgen. ³Für das TLF 3000 ist abweichend von der nach der einschlägigen Fahrzeugnorm vorgesehenen Fahrzeugkabine für einen Trupp auch eine Ausstattung mit einer Staffelnkabine förderfähig. ⁴Abweichend von Satz 1 sollen TLF 3000 mit Staffelnkabine nur gefördert werden, wenn die Feuerwehren innerhalb der Gemeinde über mindestens ein (Hilfeleistungs-) Löschgruppenfahrzeug verfügen.

- 4.5.8 Wechselladersysteme (Trägerfahrzeuge und die in Anlage 2 genannten Abrollbehälter) sollen nur gefördert werden, wenn entsprechende schlüssige Konzepte vorgelegt und die Wirtschaftlichkeit der geplanten Maßnahme gegenüber der Beschaffung konventioneller Feuerwehrfahrzeuge nachgewiesen werden.
- 4.5.9 ¹Eine fahrbare Drehleiter wird nur als Drehleiter DLAK 23/12 oder DLAK 18/12 gefördert. ²Anstelle einer DLAK 23/12 oder DLAK 18/12 wird auch ein Teleskop-Gelenkmast in vergleichbarer Ausführung zur Brandbekämpfung gefördert, sofern er bei den Feuerwehren einer Gemeinde als Ergänzung für eine sonst notwendige zweite oder weitere Drehleiter beschafft werden soll. ³Diese Entscheidung ist unter einsatztaktischen Gesichtspunkten unter Mitwirkung des zuständigen Kreisbrandrats oder Stadtbrandrats oder Leiters der Berufsfeuerwehr und Beachtung der Nr. 4.3.2 eigenverantwortlich vor Ort zu treffen; Nr. 7.2 bleibt unberührt.
- 4.5.10 Mehrzweckfahrzeuge MZF werden nur gefördert, wenn die Feuerwehr über mindestens ein Löschgruppenfahrzeug oder Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug verfügt.
- 4.5.11 Mannschaftstransportwagen MTW werden nur gefördert, wenn die Feuerwehr über ein Löschfahrzeug mit Atemschutz (mindestens vier Pressluftatmer) verfügt.
- 4.5.12 ¹Einsatzleitwagen ELW 1 werden nur gefördert, wenn die Feuerwehr über mindestens zwei Züge nach FwDV 3 verfügt. ²Eine Förderung erfolgt auch, sofern die Feuerwehr in einem auf Landkreisebene unter Beteiligung des Kreisbrandrats erstellten Stationierungskonzept für die Einsatzleitung mit entsprechenden Aufgaben vorgesehen ist.

4.5.13 Gerätewagen Logistik 2 (GW-L2) ohne Zusatzbeladung Modul „Wasserversorgung“ und Versorgungs-Lkw werden ausschließlich zur Verwendung als Logistikfahrzeuge gefördert.

4.5.14 ¹Verkehrssicherungsanhänger VSA und Vorwarneinrichtungen werden nur gefördert, wenn im Schutzbereich der Feuerwehr ein Abschnitt einer Bundesautobahn oder einer mehrspurig ausgebauten Schnellstraße liegt. ²Im Fall der Beschaffung durch einen Landkreis teilt der Kreisbrandrat in seiner Stellungnahme (Nr. 7.1.1) mit, bei welcher Feuerwehr die Stationierung erfolgen soll. ³Vorwarneinrichtungen werden entweder als Vorwarneinrichtung mit Dachträger oder als Anhänger mit LED-Vorwarnanzeiger gefördert. ⁴Die Feuerwehr muss für den Verkehrssicherungsanhänger VSA über ein geeignetes, möglichst schweres Zugfahrzeug und für den Anhänger mit LED-Vorwarnanzeiger oder für den Dachaufsetzer über ein geeignetes Zug- oder Trägerfahrzeug verfügen. ⁵Die Förderung einer Vorwarneinrichtung setzt zudem voraus, dass durch die Alarmierungsplanung sichergestellt wird, dass die Vorwarneinrichtung immer zusammen mit einem Verkehrssicherungsanhänger VSA zum Einsatz kommt. ⁶Die Vorwarneinrichtung muss den Anforderungen des Merkblatts „Vorwarneinrichtung – Mindestanforderungen des StMI“ entsprechen.

4.5.15 ¹Tragkraftspritzen werden auf Feuerwehrfahrzeugen, sofern sie dort nach DIN oder Baubeschreibung als Standardbeladung vorgesehen sind, ausschließlich als Standardbeladung und in der dort beschriebenen Leistungsklasse gefördert. ²Für Löschgruppenfahrzeuge Katastrophenschutz LF 20 KatS wird die PFPN 10-2000 separat nur zum Zweck der ausfallbedingten Ersatzbeschaffung gefördert.

4.5.16 ¹Gefördert werden nur neue Gegenstände; Vorführfahrzeuge (jedoch keine Anhänger) nur dann, wenn sie neuwertig und überholt sind und der Hersteller Gewähr wie für ein neues Fahrzeug leistet. ²Darüber hinaus sind für Vorführfahrzeuge folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

- das Fahrzeug darf nicht älter als 18 Monate sein;
- die bisherige Laufleistung des Fahrzeuges darf nicht mehr als 25 000 km betragen (Tachostand);
- sofern das Fahrzeug einen Nebenantrieb besitzt (zum Beispiel bei Drehleitern), darf die Betriebsstundenzahl (bezogen auf den Nebenantrieb) maximal 200 Stunden betragen;

- die Bereifung, die Lackierung und die Batterien müssen neuwertig sein;
- für das Fahrzeug ist eine Abnahmeprüfung nach DIN EN 1846-2 durchzuführen;
- in der Zulassungsbescheinigung Teil 2 dürfen lediglich die Hersteller- oder Aufbaufirma sowie der Fahrzeughändler als Vorbesitzer eingetragen sein.

³Sofern ein Feuerwehrfahrzeug oder -anhänger in Eigenregie von einer Feuerwehr selbst vollständig oder teilweise ausgebaut wird und durch diesen Eigenausbau die Gewährleistungspflicht des Fahrgestell- oder Aufbauherstellers eingeschränkt oder die Vornahme der Abnahmeprüfung durch den damit Beauftragten zurückgewiesen wird, wird eine Förderung nicht gewährt.

4.5.17 Neu- und Ersatzbeschaffungen der Gerätegrundausrüstung einer Vollstraße oder Halbstraße für die Schlauchpflege oder für die Geräteausstattung einer Atemschutzwerkstatt oder Atemschutz-Übungsanlage werden nur gefördert, wenn sich aufgrund der zu beschaffenden Gerätschaften ein Zuwendungsbetrag von mindestens 5 000 Euro ergibt.

4.6 Baukostenzuschuss beim Bau von Feuerwehrhäusern

¹Sofern ein Vorhaben für den Bau eines Feuerwehrhauses von einem anderen Bauträger als dem Zuwendungsempfänger selbst durchgeführt wird und sich der Zuwendungsempfänger daran mit einem Baukostenzuschuss beteiligt, können ihm Zuwendungen zu seinem Baukostenzuschuss gewährt werden. ²Auf VV Nr. 13 zu Art. 44 BayHO wird dazu hingewiesen. ³Voraussetzung ist, dass

- das Vorhaben des Bauträgers dem Zuwendungsempfänger die Last der eigenen Baumaßnahme eines Feuerwehrhauses abnimmt,
- der Zuwendungsempfänger dem Vorhaben (insbesondere hinsichtlich Art, Ausmaß und Ausführung) vor Beginn der Maßnahme zugestimmt hat; die Zustimmung darf erst nach Vorliegen der Voraussetzungen gemäß VV Nr. 1.3 zu Art. 44 BayHO (das heißt erst nach Erteilung der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn oder Erlass des Zuwendungsbescheids) endgültig erteilt werden,

- die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel (für Neubau, Einbau, Erweiterung eines Feuerwehrhauses) sichergestellt ist,
- die zweckentsprechende Nutzung der geförderten Maßnahme innerhalb der nach Nr. 7.4 geltenden Bindungsfrist sowie ein dem Baukostenzuschuss entsprechendes Benutzungsrecht des Zuwendungsempfängers während dieser Zeit dinglich gesichert sind (insbesondere durch Eintragung eines Nießbrauchs),
- der Bauträger das Recht der zuständigen staatlichen und kommunalen Stellen zu einer Prüfung der Baumaßnahme anerkennt,
- der Bauträger sich verpflichtet, die Grundsätze nach Nr. 3 AN-Best-K einzuhalten und er mit dem Vorhaben erst beginnt, wenn der Zuwendungsempfänger dem Baubeginn zugestimmt hat,
- die fachlichen Voraussetzungen und Genehmigungen vorliegen.

⁴Für den Fall einer Nutzungsänderung vor Ablauf der in Nr. 7.4 angegebenen Bindungsfrist hat der Zuwendungsempfänger dem Freistaat Bayern die gewährten Zuwendungen zeitanteilig zurückzuerstatten.

⁵VV Nr. 8.7 zu Art. 44 BayHO ist dabei zu beachten. ⁶Eine Zuwendung zum Baukostenzuschuss kann dabei nur bis zu der Höhe bewilligt werden, die bei einer unmittelbaren Trägerschaft der Baumaßnahme durch den Zuwendungsempfänger nach diesen Richtlinien bewilligt werden könnte.

4.7 Besondere Zuwendungsvoraussetzungen bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen im Wege eines Raten- oder Mietkaufs

Besondere Zuwendungsvoraussetzungen bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen im Wege eines Raten- oder Mietkaufs

Unter folgenden zusätzlichen Voraussetzungen ist die Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs auch im Wege eines Raten- oder Mietkaufs förderfähig:

- Der Eigentumserwerb muss bereits bei Vertragsabschluss vertraglich konkret festgelegt werden (nicht nur die Möglichkeit, sondern Eigentumsübergang zu einem konkreten Zeitpunkt). Der Eigentumserwerb muss spätestens mit dem Ablauf der Bindungsfrist (Nr. 7.4) erfolgen.
- Es muss eine Anzahlung mindestens in Höhe der nach Anlage 2 zu erwartenden Zuwendung vereinbart werden.

4.8 Besondere Zuwendungsvoraussetzungen beim Bau von Feuerwehrhäusern mit alternativen Finanzierungsmodellen (insbesondere Mietkauf)

¹Der Bau von Feuerwehrhäusern kann – im Rahmen einer Erprobungsphase während der Laufzeit dieser Richtlinien – in begründeten Einzelfällen unter folgenden Voraussetzungen auch bei Mietkauf gefördert werden:

- Die Rechtsaufsichtsbehörde bestätigt, dass
 - › die vereinbarten Mietkaufzahlungen der Kommune rechtsaufsichtlich genehmigungsfähig sind,
 - › die Errichtung des Feuerwehrhauses im Wege des Mietkaufs wirtschaftlich sinnvoll ist, insbesondere wirtschaftlicher, als wenn die Gemeinde mit einer herkömmlichen Kreditfinanzierung selbst baut,
 - › der Eigentumserwerb der Gemeinde am Feuerwehrhaus im Vertrag festgelegt und gegen das Insolvenzrisiko des Mietkaufgebers ausreichend abgesichert ist (zum Beispiel Absicherung einer dauerhaften zweckentsprechenden Nutzung durch Nießbrauch und des Eigentumserwerbs zum Beispiel durch Auflassungsvormerkung) und
 - › im Vertrag Regelungen enthalten sind, wer während der Laufzeit des Vertrags haftet, wenn das Objekt zerstört wird, Mängel auftreten oder das Objekt zufällig untergeht.
- Die staatliche Förderung erfolgt als Investitionszuschuss. Im Mietkaufvertrag muss daher eine Zahlung auf den Mietkaufpreis mindestens in Höhe der Zuwendung nach Anlage 1 vereinbart werden. Eine Verwendung der Zuwendung für laufende Mietzahlungen ist nicht zulässig.
- Der Zuwendungsempfänger wird im Bewilligungsbescheid verpflichtet, den finalen Eigentumsübergang der Bewilligungsstelle anzuzeigen.

²Diese Regelungen gelten bei anderen alternativen Finanzierungsmodellen entsprechend. ³Die Förderung von Mietkaufauflösungen ist noch nicht Bestandteil des Standardinstrumentariums der Feuerwehrförderung.

5. KOMMUNALE KOOPERATIONEN

5.1 Gemeinsame Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und -anhängern durch mehrere Kommunen

¹Beschaffen mehrere Kommunen notwendige baugleiche Feuerwehrfahrzeuge gemeinsam in der Weise, dass die Beschaffung jeweils im Namen und auf Rechnung der das Feuerwehrfahrzeug benötigenden Kommune erfolgt, erhöht sich der für das jeweilige Feuerwehrfahrzeug nach Anlage 2 vorgesehene Basisfestbetrag um zehn Prozent; Abrollbehälter für Wechselladersysteme nach DIN 14505 sowie Feuerwehrehänger gelten dabei als Feuerwehrfahrzeuge. ²Die Förderfähigkeit setzt zudem voraus, dass im Wege der Sammelbestellung baugleiche Feuerwehrfahrzeuge des gleichen Fahrzeugtyps, des gleichen Fahrgestells und des gleichen Aufbaus sowie der gleichen fest eingebauten feuerwehrtechnischen Ausstattung beschafft werden. ³Für Feuerwehrehänger gilt dies, soweit anwendbar, entsprechend. ⁴Ausnahmen nach Nr. 7.2 (Abweichung von den in Nr. 4.3.2 genannten technischen Vorschriften und Regeln) können hier nur für alle im Rahmen einer Sammelbestellung beschafften Fahrzeuge beantragt werden. ⁵Feuerwehrfahrzeuge und -anhänger, die als baugleich gefördert werden sollen, sind gemeinsam zur Abnahme (Nr. 7.5) vorzustellen. ⁶Die Baugleichheit ist durch den mit der Abnahme Beauftragten im Abnahmeprotokoll nach Anlage 5 zu bestätigen. noch nicht begonnen worden sind (VV Nr. 1.3 zu Art. 44 BayHO).

5.2 Gemeinschaftliche Feuerwehrhäuser mehrerer Kommunen, gemeinsame Atemschutz-Übungsanlagen, Atemschutzwerkstätten oder Schlauchpflegeeinrichtungen mehrerer Kommunen

5.2.1 ¹Errichten mehrere Kommunen im Wege interkommunaler Zusammenarbeit ein gemeinschaftliches Feuerwehrhaus unter Erwerb des Eigentums neu, werden die für die Unterbringung der Feuerwehrfahrzeuge jeder beteiligten Kommune notwendigen Stellplätze für die Festsetzung der insgesamt nach Anlage 1 möglichen Förderung addiert. ²Die Verteilung der nach Anlage 1 entsprechend der Anzahl aller notwendigen Stellplätze möglichen Förderung erfolgt stellplatzweise nacheinander abwechselnd; sie beginnt mit dem ersten Stellplatz der Kommune, die im gemeinschaftlichen Feuerwehrhaus die geringste Anzahl an Stellplätzen errichtet. ³Der Errichtung eines neuen gemeinschaftlichen Feuerwehrhauses durch mehrere Kommunen

gleichgestellt ist die Einrichtung eines neuen gemeinschaftlichen Feuerwehrhauses in ein zu diesem Zweck von den beteiligten Kommunen erworbenes Gebäude sowie der Einbau eines neuen gemeinschaftlichen Feuerwehrhauses in ein bereits im Eigentum der beteiligten Kommunen stehendes Gebäude durch Schaffung notwendiger Stellplätze im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit. ⁴Errichten am Bau beteiligte Kommunen jeweils die gleiche Anzahl notwendiger Stellplätze, wird die Förderung auf die beteiligten Kommunen zu gleichen Teilen aufgeteilt. ⁵Bei Errichtung eines gemeinschaftlichen Feuerwehrhauses in interkommunaler Zusammenarbeit erhöhen sich die nach Anlage 1 für Stellplätze vorgesehenen Basisfestbeträge um zehn Prozent.

- 5.2.2 ¹Errichten mehrere Kommunen im Wege interkommunaler Zusammenarbeit eine gemeinschaftliche Atemschutz-Übungsanlage oder Atemschutzwerkstatt oder eine Einrichtung zur Schlauchpflege unter Erwerb des Eigentums neu, kann jeder beteiligten Kommune eine Förderung entsprechend der Höhe ihres Anteils an den Gesamtkosten der Errichtung gewährt werden, wenn die sonstigen Fördervoraussetzungen (insbesondere Nr. 4.4) vorliegen. ²Dies gilt auch für die gemeinschaftliche Beschaffung der Geräteausstattung einer Einrichtung nach den Nrn. 4.4.1 und 4.4.2. ³Die an die beteiligten Kommunen gewährten Zuwendungen dürfen dabei insgesamt die für diese Maßnahmen nach Anlage 1 und Anlage 2 Tabellen 2.1 und 2.2 vorgesehenen Festbeträge nicht übersteigen. ⁴Im Fall interkommunaler Zusammenarbeit erhöhen sich sowohl für die Baumaßnahme als auch für die Beschaffung der notwendigen Geräteausstattung die einschlägigen Basisfestbeträge um zehn Prozent.

6. KOMMUNALE KOOPERATIONEN

6.1 Art der Förderung

Die Zuwendungen werden im Wege der Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt.

6.2 Zuwendungsfähige Ausgaben

6.2.1 ¹Für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und -anhängern sind dem Grunde nach zuwendungsfähig:

- das Fahrgestell,
- der feuerwehrtechnische Aufbau,
- die feuerwehrtechnische Beladung,

wie in den einschlägigen technischen Vorschriften (Normen sowie Bau- und Prüfvorschriften) vorgesehen. ²Nicht zuwendungsfähig sind optionale Beladungen sowie Sonderausstattungen.

6.2.2 ¹Für den Bau von Feuerwehrhäusern, Atemschutzwerkstätten und Atemschutz-Übungsanlagen, die Generalsanierung von Feuerwehrhäusern und die erstmalige Errichtung geschlechtergetrennter Sanitärräume sind zuwendungsfähig die Ausgaben für Maßnahmen zur Schaffung und Ausstattung der Räumlichkeiten, wie sie in den einschlägigen Normen vorgesehen sind. ²Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben gehören (Kostengruppen gemäß DIN 276:2018-12):

Kostengruppe	Zuwendungsfähig	Nicht zuwendungsfähig
100 Grundstück	-	insgesamt
200 Vorbereitende Maßnahmen	Nichtöffentliche Erschließung (230) (soweit erforderlich)	<ul style="list-style-type: none"> • Herrichten (210) • Öffentliche Erschließung (220) • Ausgleichsabgaben (240) • Übergangsmaßnahmen (250), insbesondere Anmietungen zur Ausweichunterbringung
300 Bauwerk – Baukonstruktion 400 Bauwerk – Technische Anlagen	Insgesamt; mit Ausnahme der:	Wohnräume
500 Außenanlagen und Freiflächen	Soweit nach DIN 14092 Teil 1 erforderlich	Alle übrigen Ausgaben
700 Baunebenkosten	Architekten- und Ingenieurleistungen (720 bis 740); jedoch nur, wenn diese Leistungen nicht durch kommunales Personal oder von Dritten unentgeltlich erbracht werden (mit Ausnahme von: Grundlagenermittlung, Vorplanung, Mitwirkung bei der Vergabe, Dokumentation)	Alle übrigen Ausgaben
800 Finanzierung	-	insgesamt

³Kommunale Eigenregieleistungen sind nicht zuwendungsfähig.

⁴Unentgeltliche freiwillige Arbeiten von Vereins- und Gemeindeangehörigen gehören als Eigenleistungen zu den zuwendungsfähigen Ausgaben. ⁵Für Arbeitsleistungen werden im Regelfall die vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bekannt gemachten zuwendungsfähigen Höchstsätze in der Ländlichen Entwicklung (ZHLE) angesetzt. ⁶Für handwerkliche Leistungen, die eine besondere fachliche Qualifikation voraussetzen, können die Sätze angemessen erhöht werden.

6.3 Höhe der Zuwendung

¹Die Höhe der Festbeträge für Feuerwehrhäuser, für zusätzlich notwendige Flächen bei Berufsfeuerwehren und Ständigen Wachen, für die erstmalige Schaffung geschlechtergetrennter Sanitärräume in bestehenden Feuerwehrhäusern sowie für Schlauchtürme, Atemschutzwerkstätten, Atemschutz-Übungsanlagen und Übungshäuser richtet sich nach Anlage 1. ²Die Festbeträge für Feuerwehrhäuser decken dabei nicht nur anteilig die Kosten der Errichtung der notwendigen Stellplätze, sondern aller Räumlichkeiten ab, die für einen ordnungsgemäßen Betrieb eines Feuerwehrhauses erforderlich sind. ³Bei Generalsanierungen richtet sich die Höhe der Förderung nach der Anzahl der notwendigen Stellplätze, die nach der Maßnahme bestehen; die nach Anlage 1 mögliche Förderung darf dabei 40 Prozent der nachgewiesenen förderfähigen Ausgaben nicht überschreiten. ⁴Für Neu- und Ersatzbeschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten, von technischen Ausstattungen von Schlauchtürmen sowie von Geräteausstattungen für besondere Einrichtungen in Feuerwehrhäusern richtet sich die Höhe der Festbeträge nach Anlage 2. ⁵Im Fall der Nr. 4.5.2 beschränkt sich die Förderung auf den Festbetrag des kleineren Fahrzeugtyps. ⁶Die Festbeträge gelten bei Feuerwehrfahrzeugen unabhängig davon, ob und in welchem Umfang die Beladung vom Vorgängerfahrzeug übernommen wird. ⁷Für Kommunen, die nach den Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms in der jeweils geltenden Fassung zum Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) gehören, gelten die besonderen Festbeträge für den RmbH (in Anlagen 1 und 2 jeweils gesondert ausgewiesen). ⁸Diese besonderen Festbeträge sind um fünf Prozent gegenüber dem Basisfestbetrag erhöht. ⁹Diese Erhöhungen werden automatisch gewährt, wenn der Zuwendungsberechtigte im Zeitpunkt des Maßnahmebeginns im Sinne der VV Nr. 1.3 zu Art. 44 BayHO zu den besonders förderwürdigen Kommunen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf zum jeweils geltenden Stand gehört (Anlage 7). ¹⁰Die Vorteile bei der Förderung bei kommunalen Kooperationen nach Nr. 5 werden daneben zusätzlich gewährt. ¹¹Für Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeuge HLF 10 und Rüstwagen RW erfolgt eine gegenüber dem Basisfestbetrag um 25 Prozent erhöhte Förderung, wenn im Schutzbereich der Feuerwehr ein Abschnitt einer Bundesautobahn oder einer mehrspurig ausgebauten Schnellstraße liegt.

6.4 Mehrfachförderung

¹Eine Förderung ist grundsätzlich ausgeschlossen, wenn für eine Maßnahme neben Mitteln nach diesen Richtlinien auch andere Mittel des Freistaates Bayern in Anspruch genommen werden (siehe Nr. 4.7 der Fördergrundsätze der Staatsregierung). ²Werden für ein Vorhaben neben der Förderung aus Feuerschutzsteuermitteln nach diesen Richtlinien ausnahmsweise auch Fördermittel in Anspruch genommen, die zu einem anderen als dem unmittelbar nach Nr. 1 verfolgten Förderzweck, die Kommunen bei der Sicherstellung von abwehrendem Brandschutz und technischem Hilfsdienst zu unterstützen, bereitgestellt sind (zum Beispiel Förderungen im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Förderung der Elektromobilität oder zum Klimaschutz, auch aus Programmen der im Auftrag der Staatsregierung tätigen Förderbanken und des Förderinstituts BayernLabo), ist das grundsätzlich zugelassen. ³Gleiches gilt auch für andere Förderprogramme (zum Beispiel des Bundes), sofern in diesen Programmen eine Mehrfachförderung nicht ausgeschlossen ist.

7. VERFAHREN

7.1 Form des Zuwendungsantrags, Unterlagen

7.1.1 ¹Abweichend von VV Nrn. 3 und 14 zu Art. 44 BayHO erfolgt das Antragsverfahren (Anlage 3) ausschließlich digital und online über das BayernPortal. ²Der Rechtsaufsichtsbehörde ist, sofern diese nicht selbst Bewilligungsbehörde ist, eine Kopie des Zuwendungsantrags zur Information zu übermitteln. ³Im Rahmen der Antragstellung sind dem Zuwendungsantrag insbesondere beizufügen:

- Bei Baumaßnahmen (auch bei Generalsanierungen) ein Übersichtsplan (Maßstab 1 : 5 000), ein Lageplan (Maßstab 1 : 1 000) sowie Baupläne, aus denen sich Art und Umfang des Bauvorhabens nachprüfbar ergeben (Grundrisse, Ansichten, Schnitte).
- Eine fachliche Stellungnahme des zuständigen Kreisbrandrats oder Stadtbrandrats oder des Leiters der Berufsfeuerwehr. Daraus muss sich zweifelsfrei ergeben, ob er die Maßnahme unter Berücksichtigung der Ausstattung anderer Feuerwehren der Gemeinde und benachbarter Feuerwehren für notwendig hält und befürwortet.
- Bei der Förderung des Baus von besonderen Einrichtungen nach den Nrn. 4.4.1 und 4.4.2 in Feuerwehrhäusern sowie der Beschaffung der entsprechenden Geräteausstattungen und technischen Ausstattung eine gesonderte Begründung der fachlichen Notwendigkeit für die Errichtung und Beschaffung.
- Bei Generalsanierungen ein Sanierungskonzept, das Art und Umfang der geplanten Maßnahmen beschreibt, sowie eine Kostenschätzung (Anlage 8).
- Beim Bau von Feuerwehrhäusern mit alternativen Finanzierungsmodellen (insbesondere Mietkauf) eine Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde zur Bestätigung der unter Nr. 4.8 Satz 1 Spiegelstrich 1 genannten vier Voraussetzungen.

7.1.2 Vorzeitige Beschaffung, vorzeitiger Baubeginn

¹Die Regierung kann, insbesondere wenn mit der Anfinanzierung in absehbarer Zeit zu rechnen ist, unter Beachtung der VV Nr. 1.3.3 zu Art. 44 BayHO in dringenden Einzelfällen zur Sicherstellung des Förderzwecks der Beschaffung oder dem Baubeginn noch vor der Bewilligung zustimmen. ²Hat das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration jährliche Höchstbeträge für die Zustimmungen festgelegt, dürfen diese nicht überschritten werden. ³Die Zustimmung ist auf Antrag schriftlich zu erteilen. ⁴Sie ist mit entsprechenden Auflagen und dem Hinweis auf die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften (ANBest-K, Anlage 3 zu Art. 44 BayHO) zu versehen. ⁵Es ist darauf hinzuweisen, dass ein Rechtsanspruch auf eine Förderung nicht besteht und der Antragsteller das Risiko auf sich nehmen muss, die Zuwendung nicht, nicht in der beantragten Höhe oder nicht zu dem beantragten Zeitpunkt zu erhalten. ⁶Die Zustimmung zur vorzeitigen Beschaffung oder zum vorzeitigen Baubeginn ist zu befristen.

7.2 Entscheidung über den Zuwendungsantrag

¹Die Regierung entscheidet über den Zuwendungsantrag; sie hat dabei insbesondere die Ausstattung anderer Feuerwehren in der Gemeinde und benachbarter Feuerwehren zu berücksichtigen. ²Sofern Abweichungen von den in Nr. 4.3.2 genannten technischen Vorschriften und Regeln gewünscht werden, sind diese frühzeitig, möglichst bereits zusammen mit der Feuerwehrförderung, zu beantragen. ³Solche Abweichungen sind nur dann zu gestatten, soweit der Förderzweck nicht verfehlt wird und auch Sicherheitsbelange nicht beeinträchtigt werden. ⁴Bei erheblichen Abweichungen von den technischen Vorschriften entscheidet die Regierung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration. ⁵Bei Antrag auf Förderung einer Generalsanierung erfolgt im Rahmen der Bewilligung eine Festsetzung der Zuwendung nur unter Vorbehalt (Vorbehaltsfestsetzung nach VV Nr. 4.3 zu Art. 44 BayHO).

7.3 Bewilligung

¹Die ANBest-K sind zum Bestandteil des Zuwendungsbescheids zu machen, soweit nicht nach dieser Bekanntmachung Abweichungen vorgesehen sind. ²Bei Beschaffungen ist die Verpflichtung zur Abnahme nach Nr. 7.5 als Auflage in den Zuwendungsbescheid aufzunehmen.

7.4 Bindungsfrist

¹Die Bindungsfrist für Feuerwehrhäuser sowie Schlauchpflegeeinrichtungen, Atemschutzwerkstätten, Atemschutz-Übungsanlagen und Übungshäuser (mit Nebenanlagen) beträgt 25 Jahre; dies gilt auch für Generalsanierungen nach Nr. 2.2. ²Für die Geräteausstattungen und die technischen Ausstattungen der in den Nrn. 4.4.1 und 4.4.2 genannten Einrichtungen beträgt sie 15 Jahre, für Feuerwehrfahrzeuge (einschließlich Abrollbehälter) mit Ausnahme von Mehrzweckfahrzeugen (MZF), Mannschaftstransportwagen (MTW), Einsatzleitwagen (ELW 1) und Tragkraftspritzenfahrzeugen (TSF) 20 Jahre und bei Berufsfeuerwehren und Ständigen Wachen 15 Jahre, für alle übrigen Fördergegenstände (wie auch für Tragkraftspritzen PFPN, MZF, MTW, ELW 1 und TSF) zehn Jahre.

7.5 Abnahme

¹Fahrzeuge und Anhänger einschließlich ihrer feuerwehrtechnischen Ausstattung und Beladung, soweit sie vom Hersteller mitgeliefert wird, müssen vor der Auslieferung und Indienststellung auf Einhaltung der in Nr. 4.3.2 genannten Anforderungen unter Berücksichtigung nach Nr. 7.2 Satz 2 gestatteter Abweichungen geprüft und abgenommen werden, wenn sie von Zuwendungsempfängern ohne Berufsfeuerwehren oder Ständige Wachen beschafft werden. ²Fahrzeuge und Anhänger, die als baugleich gefördert werden sollen, sind gemeinsam zur Abnahme vorzustellen (siehe auch Nr. 5.1). ³Die Abnahme ist von einem amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr oder einem von einem Land eingesetzten Beauftragten für die Abnahme von Feuerwehrfahrzeugen durchzuführen. ⁴Die Abnahme kann auch durch die mit der Abnahme von Feuerwehrfahrzeugen der eigenen Kommune Beauftragten von Berufsfeuerwehren und Ständigen Wachen vorgenommen werden;

Beauftragte von Berufsfeuerwehren können auch Fahrzeuge von Freiwilligen Feuerwehren anderer Kommunen abnehmen. ⁵Über das Abnahmeergebnis ist ein Abnahmeprotokoll nach Anlage 5 zu erstellen. ⁶Darin ist im Fall der Nr. 5.1 durch den mit der Abnahme Beauftragten auch die Baugleichheit zu bestätigen.

7.6 Nachweis der Verwendung

¹Der Nachweis der Verwendung ist ausschließlich digital und online über das BayernPortal vorzulegen; hinsichtlich der Vorlagefrist wird auf Nr. 6.1 ANBest-K verwiesen. ²Abweichend von VV Nrn. 10 und 14 zu Art. 44 BayHO und Nr. 6 ANBest-K ist dafür das Formblatt nach Anlage 4, „Verwendungsbestätigung“, zu verwenden. ³Zusammen mit dem Nachweis der Verwendung sind bei

- Generalsanierung eines Feuerwehrhauses Anlage 8 mit der Bestätigung der zuwendungsfähigen Kosten,
- Fahrzeugbeschaffungen das Protokoll über die Abnahme des Feuerwehrfahrzeugs nach Anlage 5 sowie gegebenenfalls die Bestätigung über die Beseitigung von vorhandenen Mängeln und über die Prüfung der Mindestausrüstung vorzulegen; werden baugleiche Fahrzeuge nach Nr. 5.1 beschafft, haben die an der gemeinschaftlichen Sammelbestellung beteiligten Gemeinden dies schriftlich zu bestätigen.

7.7 Beteiligungsverzicht

Eine Beteiligung der fachlich zuständigen technischen staatlichen Verwaltung gemäß VV Nr. 6 zu Art. 44 BayHO unterbleibt auch dann, wenn die vorgesehene Zuwendung des Staates 1 000 000 Euro übersteigt.

8. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

8.1 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2027 außer Kraft. ²Die Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien vom 17. Dezember 2021 (BayMBI. 2022 Nr. 46), die durch Bekanntmachung vom 27. Juni 2023 (BayMBI. Nr. 337) geändert worden sind, treten mit Ablauf des 31. Dezember 2024 außer Kraft; sie bleiben jedoch für alle vor dem 1. Januar 2025 begonnenen Maßnahmen anwendbar.

8.2 Übergangsregelung

Für alle Anträge und erteilten Bewilligungen, für die ein Maßnahmebeginn im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung noch nicht erfolgt ist, kommen die in den Anlagen 1 und 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2025 an vorgesehenen Förderfestbeträge in Betracht.

Dr. Erwin L o h n e r

Ministerialdirektor

ANLAGE 2

Anlage 2

(zu den Nrn. 2.5, 4.5.2, 4.5.8, 4.7, 5.1, 5.2.2, 6.3)

Höhe der Festbeträge für Beschaffungen

Tabelle 1

Fahrzeuge und Geräte (nach DIN, DIN EN, Technischen Beschreibungen und Bauvorschriften)	Basis- festbetrag	Erhöhter Festbetrag in RmbH
Mehrzweckfahrzeug MZF	22.230 €	23.400 €
Mannschaftstransportwagen MTW	17.940 €	18.850 €
Einsatzleitwagen ELW 1	42.900 €	45.110 €
Gerätewagen Tragkraftspritze GW-TS	23.400 €	24.570 €
Kleinlöschfahrzeug KLF	27.300 €	28.730 €
Kleinalarmfahrzeug KLAf	32.890 €	34.580 €
Tragkraftspritzenfahrzeug TSF (ohne PFPN 10-1000)	32.890 €	34.580 €
Tragkraftspritzenfahrzeug TSF mit Atemschutz (ohne PFPN 10-1000)	41.110 €	43.220 €
Tragkraftspritzenfahrzeug TSF-W (ohne PFPN 10-1000)	66.130 €	69.380 €
Tragkraftspritzenfahrzeug Logistik TSF-Logistik (ohne PFPN 10-1000)	57.200 €	60.060 €
Mittleres Löschfahrzeug MLF	87.580 €	91.970 €
Löschgruppenfahrzeug LF 10	130.000 €	136.500 €
Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 10	124.150 €	130.390 €
Löschgruppenfahrzeug LF 20 KatS	125.840 €	132.080 €
Löschgruppenfahrzeug LF 20	130.000 €	136.500 €
Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 20	154.700 €	162.500 €
Druckluftschaumanlage (DLS) nach DIN EN 16327	6.500 €	6.890 €
Tanklöschfahrzeug TLF 3000-V	117.000 €	122.850 €
Tanklöschfahrzeug TLF 3000	100.100 €	105.170 €
Tanklöschfahrzeug TLF 4000	157.300 €	165.230 €
Drehleiter DLAK 23/12	292.500 €	307.190 €
Drehleiter DLAK 18/12	221.000 €	232.050 €
Teleskop-Gelenkmast (als Ergänzung für eine sonst zur Brandbekämpfung notwendige zweite oder weitere Drehleiter DLAK 23/12 oder DLAK 18/12)	221.000 €	232.050 €
Rüstwagen RW	200.200 €	210.210 €
Versorgungs-Lkw	52.910 €	55.510 €
Gerätewagen Logistik GW-L1	45.760 €	48.100 €
Gerätewagen Logistik GW-L2	52.910 €	55.510 €
– Zusatzbeladung Modul „Wasserversorgung“	47.190 €	49.500 €
Tragkraftspritzenanhänger TSA (ohne PFPN 10-1000)	8.500 €	8.900 €
Tragkraftspritze PFPN 10-1000, PFPN 10-1500 bzw. 10-2000	6.370 €	6.630 €
Verkehrssicherungsanhänger VSA	14.300 €	14.950 €
Vorwarneinrichtung (Dachaufsetzer)	7.150 €	7.540 €
LED-Vorwarnanhänger	14.300 €	15.080 €
Gerätewagen Gefahrgut GW-G – gefördert nach Sonderförderprogramm GW-G entsprechend Stationierungskonzept Bayern (abgeschlossen) –		
Gerätewagen Atem-/Strahlenschutz GW-A/S	143.000 €	150.150 €
Wechseladdersystem nach DIN 14505		
– Trägerfahrzeug (2-achsig)	78.650 €	81.900 €
– Trägerfahrzeug (3-achsig oder 4-achsig)	102.700 €	107.900 €

ANLAGE 2

Fahrzeuge und Geräte (nach DIN, DIN EN, Technischen Beschreibungen und Bauvorschriften)	Basis- festbetrag	Erhöhter Festbetrag in RmbH
– Abrollbehälter (AB)		
AB Atem-/Strahlenschutz (AB-A/S)	107.250 €	112.580 €
AB Einsatzleitung	71.500 €	75.140 €
AB Gefahrgut (GW-G) – <i>gefördert nach Sonderförderprogramm GW-G entsprechend Stationierungskonzept Bayern (abgeschlossen)</i> –		
AB Rüstmaterial	28.600 €	30.030 €
AB Schlauch (Modul „Wasserversorgung“ gemäß DIN 14555-22 oder ein anderes für die Feuerwehr geeignetes Wasserfördersystem)	71.500 €	75.140 €
AB THL schwer (Rüst) (Beladung gemäß DIN 14555 Teil 3)	107.250 €	112.580 €
AB Sonderlöschmittel Schaum / CO ₂ / Pulver	57.200 €	60.060 €
AB Wasser	47.190 €	49.530 €

Tabelle 2.1

Technische Ausstattung in Schlauchtürmen und Geräteausstattung für die Schlauchpflege	Basis- festbetrag	Erhöhter Festbetrag in RmbH
Schlauchpflegeeinrichtungen		
technische Grundausstattung eines Vollturms nach DIN 14092-7 – automatische Schlauchaufhängevorrichtung mit Steuer- und Sicherheitseinrichtung und Schlauchaufhängeadapter sowie Schlauchumlenkrollen	10.660 €	11.180 €
Gerätegrundausstattung einer Vollstraße nach DIN 14092-7		
– Schlauchpflegewanne	6.760 €	7.020 €
– Einweichtrog	572 €	650 €
– Schlauchprüfeinrichtung	1.430 €	1.560 €
– Schlauchwascheinrichtung	2.080 €	2.210 €
– Schlauchwickelgerät	1.560 €	1.690 €
– Steuer- und Sicherheitseinrichtung mit Bediengerät	3.640 €	3.770 €
– Schlauchregale	1.040 €	1.170 €
technische Grundausstattung eines Halbturms nach DIN 14092-7 – automatische Schlauchaufhängevorrichtung mit Steuer- und Sicherheitseinrichtung und Schlauchaufhängeadapter sowie Schlauchumlenkrollen	9.620 €	10.140 €
Gerätegrundausstattung einer Halbstraße nach DIN 14092-7		
– Schlauchpflegewanne	5.525 €	5.785 €
– Einweichtrog	572 €	650 €
– Schlauchprüfeinrichtung	1.430 €	1.560 €
– Schlauchwascheinrichtung	2.080 €	2.210 €
– Schlauchwickelgerät	1.560 €	1.690 €
– Steuer- und Sicherheitseinrichtung mit Bediengerät	3.640 €	3.770 €
– Schlauchregale	1.040 €	1.170 €
Vollautomatische Kompaktanlage (Anlage zum Waschen, Prüfen und Wickeln von Druckschläuchen nach DIN 14811)	28.340 €	29.770 €

Tabelle 2.2

Geräteausstattung für Atemschutzwerkstätten und Atemschutz-Übungsanlagen	Basis- festbetrag	Erhöhter Festbetrag in RmbH
Geräteausstattung einer Atemschutzwerkstätte nach DIN 14092-7:		
– Arbeits- und Ablagetische	2.860 €	2.990 €
– Fülleinrichtung für Atemluft (mind. 4 Anschlüsse)	4.290 €	4.550 €
– Spültische mit mind. 2 Becken	3.640 €	3.770 €
– Reinigungs-, Desinfizierungs- und Trocknungseinrichtungen (für Masken, CSA)	7.150 €	7.540 €
– Schränke	5.070 €	5.200 €
• für Werkzeuge und Ersatzteile		
• zur Aufnahme der Prüfgeräte und des Prüfzubehörs		
• zur Lagerung der Reserve-Atemschutzmasken und -Pressluftflaschen		
– Flaschenregale	2.210 €	2.275 €
– Atemluftkompressor	12.480 €	13.000 €
– Maskenprüfstand	7.150 €	7.540 €
Geräteausstattung einer Atemschutz-Übungsanlage nach DIN 14093:		
– Lauf- und Kriechstrecke	23.270 €	24.440 €
– Fitnessgeräte wie Endlos-Leiter, Laufband, Stepper, Fahrrad, Flaschenergometer	22.230 €	23.270 €
– Vernebelungseinrichtung	1.430 €	1.560 €
– Fernüberwachungsanlage (akustisch und optisch)	6.500 €	6.750 €
– Beschallungsanlage	2.210 €	2.275 €
– Digitale Videoanlage mit Aufzeichnungsmöglichkeit	4.290 €	4.550 €
– Erste-Hilfe-Ausstattung	2.860 €	2.990 €

ANLAGE 3

Anlage 3
(zu Nr. 7.1.1)

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung nach den Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien

An (Bewilligungsbehörde)

► Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen ◀

Ort, Datum

1. Antragsteller

Name (mit Angabe des Landkreises und ggf. der Verwaltungsgemeinschaft)	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	
Auskunft erteilt	Telefon-Nr., Fax-Nr., E-Mail-Adresse

2. Maßnahme (möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung und Begründung der Notwendigkeit – ggf. auf gesondertem Blatt)

Beschreibung der Maßnahme und Angabe der betreffenden Feuerwehr
Bei gemeinschaftlicher Maßnahme mehrerer Antragsteller bitte alle Beteiligten angeben

3. Maßnahmebeginn

Zeitpunkt des beabsichtigten Maßnahmebeginns (Monat und Jahr der beabsichtigten Auftragsvergabe)	
Die Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn bzw. zur vorzeitigen Beschaffung wird beantragt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Falls ja, Begründung (Darlegung der Dringlichkeit) ggf. auf gesondertem Blatt	

4. Kosten

Veranschlagte Gesamtkosten (bei Baumaßnahmen: ohne Grunderwerb)	€
(nur ausfüllen bei Baumaßnahmen von „Gemeinschaftsbauten“)	€
Von diesen Gesamtkosten entfallen auf den Feuerwehrbereich	
Die Kosten fallen voraussichtlich an	<input type="checkbox"/> im laufenden Jahr € <input type="checkbox"/> 20 €

ANLAGE 3

5. Zuwendung

Folgende Zuwendungen werden beantragt:	€
--	---

6. Finanzierungsbeiträge Dritter

(Bitte die einzelnen Zuwendungsgeber/Spender mit Angabe der jeweiligen Zuwendungs-/Spendenhöhe benennen)

Andere/r Zuwendungsgeber:	€	€
Spendengeber:	€	

7. Vorhandene Stellplätze, Fahrzeugbestand und Mannschaftsstärke der betreffenden Feuerwehr

Anzahl der aktiven Feuerwehrdienstleistenden	
Anzahl der vorhandenen Stellplätze im Feuerwehrhaus und Fahrzeugbestand zum Zeitpunkt der Antragstellung (einschließlich Anhänger und Abrollbehälter) mit Angabe des Typs, des Baujahrs und des Zustands des Fahrzeugs/der Fahrzeuge (ggf. auf gesondertem Blatt)	

8. Zusätzlich bei Baumaßnahmen und bei Beschaffungen von Geräten für Schlauchpflegeeinrichtungen

a) Das Baugrundstück befindet sich im Eigentum des Antragstellers: ☐ Ja ☐ Nein
(wenn nein, bitte Eigentumsverhältnisse auf gesondertem Blatt darlegen)

b) Die erforderlichen Unterlagen Übersichtsplan (Maßstab 1 : 5.000), Lageplan (Maßstab 1 : 1.000) und entsprechende Baupläne, die Art und Umfang des Bauvorhabens prüfbar nachweisen (Grundrisse, Ansichten, Schnitte), sind diesem Zuwendungsantrag beigelegt.

c) Bei Antrag auf Förderung einer besonderen Einrichtung/von Geräten zur Schlauchpflege:
Die Einrichtung soll von folgenden Feuerwehren genutzt werden:

9. Erklärung

Der Antragsteller erklärt, dass

a) mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids bzw. vor der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn/zur vorzeitigen Beschaffung begonnen wird,

b) er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug ☐ berechtigt ☐ nicht berechtigt ist,

c) der Rechtsaufsichtsbehörde eine Kopie des Antrags übermittelt wurde (soweit diese nicht selbst Bewilligungsbehörde ist),

d) er für dieses Vorhaben sein Einverständnis zur einfachen elektronischen Kommunikation mit E-Mail (inklusive der Übermittlung des Zuwendungsbescheids) erteilt: ☐ Ja ☐ Nein

10. Sonstiges

Ergänzende Angaben (soweit erforderlich, ggf. auf gesondertem Blatt)

Die Stellungnahme des Kreisbrandrats/Stadtbrandrats/Leiters der Berufsfeuerwehr

☐ liegt bei. ☐ wird nachgereicht.

Unterschrift

Dienstsiegel

ANLAGE 4

Anlage 4
(zu Nr. 7.6)

Verwendungsbestätigung

bei Gewährung einer Zuwendung nach den Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien

An (Bewilligungsbehörde)

► Zutreffendes bitte ankreuzen ☐ oder ausfüllen ◀

Ort, Datum

1. Zuwendungsempfänger

Name (mit Angabe des Landkreises und ggf. der Verwaltungsgemeinschaft)		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Bankverbindung	IBAN	BIC
Auskunft erteilt	Telefon-Nr., Fax-Nr., E-Mail-Adresse	

2. Maßnahme

Bezeichnung wie im Zuwendungsbescheid bzw. wie in der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn/Maßnahmebeginn
Bei gemeinschaftlicher Maßnahme mehrerer Antragsteller bitte alle Beteiligten angeben

3. Sachlicher Bericht (kurze Beschreibung der durchgeführten Maßnahme; ggf. auf gesondertem Blatt)

--

4. Zahlennachweis

Die o. g. Maßnahme wurde begonnen am	(= Datum der ersten Auftragsvergabe)	
und abgeschlossen am	(= Datum der letzten Zahlung).	
a) Für diese Maßnahme wurde eine Zuwendung bewilligt in Höhe von		€
Datum des Zuwendungsbescheids	Az.:	
b) Der o. g. Zuwendungsempfänger hat hierfür bisher bereits eine Zuwendung von		€
erhalten. Eine Schlussrate in Höhe von	€ ist noch offen.	
Die nach Abschluss der Maßnahme tatsächlich angefallenen Gesamtkosten betragen:		€
(bei Baumaßnahmen: ohne Grunderwerb). Davon zuwendungsfähig sind:		€
Die nicht zuwendungsfähigen Leistungen, Kostenanteile Dritter, Rückforderungen und Rückzahlungen wurden abgesetzt.		
c) Die tatsächlichen Einnahmen (= Summe <u>aller</u> Zuwendungen und Spenden) betragen:		€
davon <u>andere/r</u> Zuwendungsgeber:		€
Spendengeber:		€
(Bitte alle anderen Zuwendungs-/Spendengeber angeben!)		
d) Die tatsächlichen Einnahmen sind höher als die tatsächlich angefallenen Ausgaben		
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, um (die Zuwendung vermindert sich entsprechend)		€

5. Bestätigung

- a) In Kenntnis der strafrechtlichen Bedeutung unvollständiger oder falscher Angaben wird versichert:
- Die Zuwendung wurde ausschließlich zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid näher bestimmten Zuwendungszwecks verwendet.
 - Die im Zuwendungsbescheid genannten Bedingungen und Auflagen wurden eingehalten.
(Soweit Zuwendungen bereits ausbezahlt wurden:)
Die Zuwendung wurde innerhalb der Verwendungsfrist verwendet:
- ☐ Ja ☐ Nein
- Falls nein:**
Die durch die Überschreitung der Verwendungsfrist nach Art. 49a BayVwVfG anfallenden Zinsen in Höhe von drei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB liegen unterhalb der Bagatellgrenze von 500 €:
- ☐ Ja ☐ Nein
- b) Alle mit der Zuwendung zusammenhängenden Belege, Verträge und sonstigen Unterlagen können während der im Zuwendungsbescheid (einschließlich Nebenbestimmungen) festgelegten Aufbewahrungsfrist jederzeit zum Zwecke der Verwendungsprüfung oder Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof eingesehen oder zur Vorlage bei der prüfenden Stelle angefordert werden.
- c) Dem Zuwendungsempfänger ist bekannt, dass die Zuwendung im Fall ihrer zweckwidrigen Verwendung der Rückforderung und Verzinsung unterliegt und ihm bei Abgabe einer unrichtigen Verwendungsbestätigung der Beweis für die zweckentsprechende und fristgerechte Verwendung obliegt.

6. Folgende Unterlagen liegen bei

- Bei Fahrzeugen und Anhängern: (soweit sie von Zuwendungsempfängern ohne Berufsfeuerwehr oder Ständige Wachen beschafft wurden)
- Gutachten/Prüfvermerk über die feuerwehrtechnische Abnahme eines Feuerwehrfahrzeugs/-anhängers
 - Übersicht über die Beladung mit der Mindestausrüstung
- Zusätzlich bei gemeinschaftlichen Beschaffungen im Wege von Sammelbestellungen
- Schriftliche Bestätigung der Teilnahme an einer Sammelbestellung baugleicher Fahrzeuge durch den Zuwendungsempfänger (mit Angabe der weiteren beteiligten Gemeinden)

7. Hinweis

Wird diese Verwendungsbestätigung zur Prüfung ausgewählt, werden u. a. noch folgende Unterlagen angefordert werden:

Bei Beschaffungen:

- Angebotsspiegel
- ggf. Nachweis der EU-weiten Ausschreibung

Bei Baumaßnahmen:

- Sachbuchauszüge
- Vergabeunterlagen nach VOB/A und VOL/A

Unterschrift

Dienstsiegel

ANLAGE 5

Anlage 5
(zu den Nrn. 5.1, 7.5, 7.6)

Abnahmeprotokoll

>Briefkopf<

Berichts-Nr.: _____

Prüfbericht über die Abnahme eines Feuerwehrgerätes

Land: Bayern
Landkreis: <Kommune>
Gerät: Standort:
<Zulassungsbescheinigung> DIN EN:
<Zulassungsverfahren> DIN: vom <Prüforganisation>
FIN:
Baujahr/EZ:
Km-Stand:

Der Prüfbericht umfasst Blätter.
Folgende Anlagen sind Bestandteil des Berichtes:

Mängelbericht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Pumpenprüfbericht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fotos	<input type="checkbox"/>	

Ausnahmegenehmigung der Bewilligungsbehörde ist <.....>.
Az.:

Prüfergebnis

Ausrüstung ist <Umfang> vorhanden

Das Fahrzeug <Beurteilung> den Vorschriften der <Vorschrift> <...>, dem Zuwendungsbescheid bzw. der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn der Regierung (Förderbehörde) und der StVZO bzw. den anzuwendenden EU-Vorschriften.

Eine Nachprüfung <.....> erforderlich.

Gilt nur für die Sammelbeschaffung von baugleichen Feuerwehrfahrzeugen:

Dieses Fahrzeug wurde im Rahmen einer kommunalen Kooperation beschafft. Es wurde gemeinsam mit dem/den Fahrzeug(en) <der Kommune> zur feuerwehrtechnischen Abnahme vorgestellt. Dieses Fahrzeug <der Kommune>, für das dieser Prüfbericht ausgestellt wird, <.....> baugleich im Sinne von Nr. 5.1 FwZR mit dem/den gemeinsam vorgestellten Fahrzeug(en) der vorgenannten Kommune(n).

Ort, Datum:

Prüfer

Stempel

Durch dieses Gutachten werden die handelsüblichen Gewährleistungen des Lieferwerkes, dessen Verpflichtungen zur Beachtung des Produktsicherheitsgesetzes bzw. der EG-Maschinenrichtlinie sowie die kaufmännischen Verpflichtungen des Käufers gegenüber dem Lieferwerk nicht berührt. Dieses Gutachten bezieht sich nur auf die feuerwehrtechnische Ausrüstung des Fahrzeugs.

>Briefkopf<

Hilfstabelle zur Massenbestimmung

		Berichts-Nr.:	
<u>Rechnerische Leermasse</u>		<u>Nutzlast</u>	
Leermasse gewogen	+ _____ kg	Zul. Gesamtmasse	_____ kg
Fahrer	+ _____ kg	Rechn. Leermasse	_____ kg
Fahrzeugwerkzeug	+ _____ kg	<u>Nutzmasse</u>	= _____ kg
Kraftstoff	+ _____ kg		
Ersatzrad	+ _____ kg	<u>Nutzmassenreserve</u>	
Funk	+ _____ kg		
<u>Rechn. Leermasse</u>	_____ kg	Zul. Gesamtmasse	_____ kg
		abzüglich rechn.	
		Gesamtmasse -	_____ kg
		<u>Nutzmassenreserve</u>	= _____ kg

Massenaufstellung für**Rechnerische Gesamtmasse**

Rechnerische Leermasse	+ _____ kg
Besatzung (ohne Fahrer)	+ _____ kg
Ausrüstung (Standardnormbeladung)	+ _____ kg
Wassertankinhalt (tatsächlich)	+ _____ kg
Schaumtankinhalt (tatsächlich)	+ _____ kg
Zusatzrüstung (Beladung nach örtlichen Belangen)	+ _____ kg

Zusatzbeladung

_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
_____	+ _____ kg
<u>Rechnerische Gesamtmasse</u>	= _____ kg

ANLAGE 5

>Briefkopf<

Berichts-Nr.: _____

Mängelbericht über festgestellte Mängel <Zeitpunkt> der Abnahme

Lfd. Nr.:	sofort beheben	noch vorhanden	Mängelaufzählung

Die in Spalte 2 bezeichneten Mängel wurden sachgemäß behoben.

Ort, Datum:

Ort, Datum:

Prüfer

Hersteller:

Kommune:

Stempel

Unterschrift

Unterschrift

Der Mängelbericht ist nach der Abnahme dem Betreiber auszuhandigen und von diesem bei der genehmigenden Behörde mit einzureichen.

>Briefkopf<

Prüfung Hubrettungssatz

DIN EN 14043

Berichts-Nr.:

Technische Daten:			
Hersteller:		Typ:	
Hubrettungssatz - Art:		Geräte-Nr.:	
Rettungskorb Nr.:		Antrieb:	<Antriebsart>
Zahl der Auslegerteile:		Abstützung Bauart:	
Nennlast Korb:	kg	Auslegerlänge max.:	m
Anordnung Korb:		Auslegerhöhe max.:	m
Zusatzlast:	kg	Seitenkraft:	N
Baumusterprüfung:			

Prüfung:

Leermasse (kg):	Hinterachse leer (kg):	Stützbreite max. b1 (m):	Stützbreite min. b2 (m):
-----------------	------------------------	--------------------------	--------------------------

Überlastprüfung:

Auslegerstellung: Drehwinkel (Grd)	Ausladung/Aufrichtwinkel (m / Grd)	Höhe/Länge (m / m)	Nennrettungshöhe (m)
	/	/	
Höhe vor Belastung: (m)	Höhe bei Belastung: (m)	Höhe nach Belastung: (m)	Höhendifferenz: (m)

Prüfung der Überlastsicherung:

Auslegerstellung/Drehwinkel Grd	Ausladung/Aufrichtwinkel m Grd	Höhe/Länge m m	gem. Restlast	
Ansprechkraft: N	Stützbreite: b1/b2 m	Freistandsgrenze: 1M/2M/3M m		kg
Ansprechkraft: N	Stützbreite: b1/b2 m	Freistandsgrenze: 1M/2M/3M m		kg
Ansprechkraft: N	Stützbreite: b1/b2 m	Freistandsgrenze: 1M/2M/3M m		kg

Besondere Herstelleranweisung:

Prüfung der Gebrauchstauglichkeit:	Prüflast:	kg	Niveaubewertung:	Grd
Anstoßsicherung:	Korb max. Kraft:	N	Ausleger:	N
Max. Reichweite bei 0° Aufrichtwinkel				
Benutzungsgrenze:	b1	m	b2	m (<...>Korb)

Notbetrieb:

Ausfall der Sicherheitseinrichtungen:

Ausfall der Energiequelle: maschinell:

Totmannschaltung: Hauptsteuerstand:

akustisches Signal:

von Hand:

Korb:

Bemerkungen:

Das Protokoll des Herstellers vom wurde <...> Erfolg geprüft.
 Rechnerische Standsicherheit nach DIN liegt <...>.

Ergebnis siehe Blatt 1

ANLAGE 5

>Briefkopf<

Prüfung Feuerweerpumpe DIN 14420 / DIN EN 1028

Berichts-Nr.: _____

Fabrikat:

Typ:

Nenn Drehzahl

Entlüftungseinrichtung:

min⁻¹

<Bezeichnung>

Fabrik-Nr.:

Zahl der Druckabgänge:

Pumpenprüfung

Die Messung erfolgt bei vom Pumpenbedienstand eingestelltem Vollgas.

Trockensaugprüfung:	bar	Druckabfall:	bar
Saughöhe		3 m	7,5 m
Mundstück			
Drehzahl Motor	min ⁻¹		
Drehzahl Pumpe	min ⁻¹		
Manometer Eingangsdruck	bar		
Manometer Ausgangsdruck	bar		
Manometer Gesamtdruck	bar		
Förderstrom	l ⁻¹		
Ansaugzeit	s	bei 3 m,	s bei 7,5 m
Barometerstand	mbar	Betriebsstunden	
1. Garantiepunkt wird erreicht bei			
Schließdruck	bar	bei Drehzahl	min ⁻¹

Bemerkung:

Die Luftdruck- und Temperaturkorrektur der geod. Saughöhe wurde bei den Messungen vernachlässigt.

Ergebnis siehe Blatt 1

>Briefkopf<

Daten des Feuerwehrgerätes

Berichts-Nr.: _____

Fahrgestell

Fabrikat:	<Hersteller>	Typ:	
Anzahl der Räder:		Diff.-Sperre:	<....>
ASR: <....>	Retarder: <....>	Getriebe:	<Getriebeart>
Radstand:		Antrieb:	<Antriebsart>

Motor

Hubraum:	cm ³	Leistung:	kW
----------	-----------------	-----------	----

Aufbau

Hersteller:		Aufbau Typ:	
Aufbau Nr.:		Sitzplätze:	/ /
Baujahr:			

Maße

Länge:		Breite:	
Höhe:		Wendekreis:	

Löschmittelbehälter

Löschwasser:	l	davon nutzbar:	l
Schaum:	l	Pulver:	kg
Werkstoff:		Tankheizung:	<....>

masch. Zugeinrichtung: <....>

Hersteller:			
Serien-Nr.:			
nutzbare Seillänge:	m		
Nenn-Zugkraft:	kN	max. Zugkraft:	kN

Generator: <....>

Hersteller:		Baujahr:	
Einbauort:		Nennleistung:	kVA
Typ:		bei	min ⁻¹

ANLAGE 5

Berichts-Nr.: _____

Massen

Leermasse:	kg	zul. Gesamtmasse:	kg
Normbeladung:	kg	rechn. Gesamtmasse:	kg
Zusatzbeladung:	kg	rechn. Massenreserve:	kg
Löschmittel:	kg	tatsächl. Massenreserve:	kg
Besatzung:	kg		
rechn. GM	kg		

Massenverteilung

	Gesamt	Achse 1	Achse 2	
Bei Prüfung gewogen:	kg		kg	kg
Zulässige Massen:	kg		kg	kg
Fahrzeug beladen (o. Mannschaft):	kg		kg	kg
Massenverteilung Mannschaft:	kg		kg	kg
Sitzanordnung:	/	/		

Ausrüstung: <Vollständigkeit> vorhanden.

Funkgerät: <Funkausstattung>.

Folgende motorbetriebene Geräte der Beladung wurden geprüft:

Zusatzbeladung:

Ergebnis siehe Blatt 1

Auszahlungsantrag

bei Gewährung einer Zuwendung nach den Feuerwehr-Zuwendungsrichtlinien

An (Bewilligungsbehörde)

► Der Antrag ist nur vorzulegen, wenn die Auszahlung einer Teilzuwendung gewünscht wird. ◀

Ort, Datum

1. Antragsteller

Name (mit Angabe des Landkreises und ggf. Verwaltungsgemeinschaft)		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, ggf. Sitz der Verwaltungsgemeinschaft)		
Bankverbindung	IBAN	BIC
Auskunft erteilt	Telefon-Nr., Fax-Nr., E-Mail-Adresse	

2. Maßnahme

Bezeichnung wie im Zuwendungsbescheid bzw. wie in der Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn/Maßnahmebeginn Bei gemeinschaftlicher Maßnahme mehrerer Antragsteller bitte alle Beteiligten angeben
--

3. Beginn der Maßnahme (= Datum der ersten Auftragsvergabe): _____**4. Bewilligungen und bisherige Auszahlungen**

Zuwendungsbescheid vom	Az.	Zuwendungshöhe	ausgezahlt mit RS vom
a)		€	
b)		€	
c)		€	
d)		€	

5. Nunmehr beantragte Auszahlung

Zuwendungsbereich	beantragte Zuwendung
Zuwendungen nach den FwZR	€

ANLAGE 6

6. Veranschlagte Kosten

Gesamtkosten lt. Antrag	€
Von diesen Kosten entfallen auf den Feuerwehrbereich (bei „Gemeinschaftsbauten“):	€

7. Kostenanfall

		auf den Feuerwehrbereich entfallen: (bei „Gemeinschaftsbauten“)
7.1 Bisher bezahlte Kosten (bei Baumaßnahmen: reine Baukosten ohne Erschließungsbeiträge, Grunderwerbskosten usw.)	€	€
7.2 vorliegende unbezahlte Rechnungen	€	€
7.3 innerhalb von 2 Monaten zu erwartende Rechnungen	€	€
7.4 Summe 7.1 bis 7.3	€	€

Die Kosten gemäß Nr. 7.4 betragen am

ca.

v. H. der Gesamtkosten.

8. Angaben über bereits geleistete und/oder in Ausführung befindliche Arbeiten (nur bei Baumaßnahmen)

--

Der Baustand am

entspricht ca.

v. H. der Gesamtkosten.

Unterschrift

Dienstsiegel

Vermerk der Bewilligungsbehörde

1. Kostenanfall nach Nr. 7.4 (= _____ v. H. der Gesamtkosten)	€
2. Zuwendung entsprechend Kostenanfall (höchstens bewilligter Betrag)	€
3. abzüglich bereits ausgezahlter Zuwendung(en)	€
4. zur Auszahlung sind anzuordnen (unter Berücksichtigung der Nr. 7 VVK)	€

Ort, Datum

Bestätigende Dienststelle

Unterschrift

Raum mit besonderem Handlungsbedarf
LEP-Teilfortschreibung 2018



Grundkarte Stand 01.02.2015
Quelle: Geobasisdaten
© Bayerische Vermessungsverwaltung
(www.geodaten.bayern.de)

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium
der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Stand: 1. März 2018

ANLAGE 7

Der Raum mit besonderem Handlungsbedarf umfasst nachfolgend aufgeführte Landkreise und Einzelgemeinden nach Regierungsbezirken

(Stand: 01.03.2018)

Oberbayern

Landkreise

Garmisch-Partenkirchen
Mühlhof a.Inn

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Altötting:

Burgkirchen a.d.Alz
Garching a.d.Alz
Markt, M
Stammham
Töging a.Inn, St
Tyrlaching
Winhöring

aus dem Landkreis Berchtesgadener Land:

Ainring
Bad Reichenhall, GKSt
Laufen, St

aus dem Landkreis Eichstätt:

Mörsheim, M

aus dem Landkreis Landsberg am Lech:

Apfeldorf

aus dem Landkreis Miesbach:

Hausham

aus dem Landkreis Rosenheim:

Höslwang
Kiefersfelden
Oberaudorf

aus dem Landkreis Traunstein:

Reit im Winkl
Ruhpolding
Schleching
Traunreut, St
Trostberg, St

aus dem Landkreis Weilheim-Schongau:

Altenstadt
Hohenpeißenberg
Oberhausen
Peißenberg, M

Niederbayern

Landkreise und kreisfreie Städte

Passau und kreisfreie Stadt Passau
Freyung-Grafenau
Regen
Rottal-Inn

Einzelgemeindenaus dem Landkreis Deggendorf:

Aholming
 Außernzell
 Bernried
 Buchhofen
 Grafling
 Grattersdorf
 Iggersbach
 Künzing
 Oberpöding
 Schöllnach, M
 Wallerfing
 Winzer, M

aus dem Landkreis Dingolfing-Landau:

Simbach, M

aus dem Landkreis Kelheim:

Biburg
 Essing, M
 Ihrlenstein

aus dem Landkreis Landshut:

Aham

aus dem Landkreis Straubing-Bogen:

Falkenfels
 Haibach
 Irlbach
 Loitzendorf
 Perasdorf
 Rattenberg
 Stallwang
 Straßkirchen

Oberpfalz**Landkreise und kreisfreie Städte**

Amberg-Weizsach und kreisfreie Stadt Amberg
 Neustadt a.d. Waldnaab und kreisfreie Stadt Weiden i.d.OPf.
 Cham
 Schwandorf
 Tirschenreuth

Einzelgemeindenaus dem Landkreis Regensburg:

Altenthann
 Beratzhausen, M
 Deuerling
 Holzheim a. Forst
 Riekofen

Oberfranken**Landkreise und kreisfreie Städte**

Bayreuth und kreisfreie Stadt Bayreuth
 Coburg und kreisfreie Stadt Coburg
 Hof und kreisfreie Stadt Hof
 Forchheim
 Kronach
 Kulmbach
 Lichtenfels
 Wunsiedel i. Fichtelgebirge

ANLAGE 7

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Bamberg:

Bischberg
Burgwindheim, M
Ebrach, M
Gerach
Gundelsheim
Heiligenstadt i.OFr., M
Kemmern
Königsfeld
Lauter
Lisberg

Memmelsdorf
Oberhaid
Pettstadt
Priesendorf
Rattelsdorf, M
Reckendorf
Schönbrunn i.Steigerwald
Stadelhofen
Viereth-Trunstadt
Wattendorf
Zapfendorf, M

Mittelfranken

Landkreise und kreisfreie Städte

Ansbach und kreisfreie Stadt Ansbach
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim
Roth
Weißenburg-Gunzenhausen

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Erlangen-Höchstädt:

Lonnerstadt, M

aus dem Landkreis Fürth:

Großhabersdorf
Roßtal, M
Zirndorf, St

aus dem Landkreis Nürnberger Land:

Alfeld
Burghann
Feucht, M
Henfenfeld
Hersbruck, St
Neuhaus a.d.Pegnitz, M
Pommelsbrunn
Röthenbach a.d.Pegnitz, St
Velden, St

Unterfranken

Landkreise und kreisfreie Städte

Aschaffenburg und kreisfreie Stadt Aschaffenburg
Schweinfurt und kreisfreie Stadt Schweinfurt
Bad Kissingen
Haßberge
Kitzingen
Main-Spessart
Milttenberg
Rhön-Grabfeld
Würzburg

Schwaben**Landkreise und kreisfreie Städte**

Dillingen a.d.Donau
Kreisfreie Stadt Kaufbeuren

Einzelgemeinden

aus dem Landkreis Aichach-Friedberg:

Baar (Schwaben)
Hollenbach
Inchenhofen, M
Petersdorf
Steindorf

Münsterhausen, M
Thannhausen, St
Waldstetten, M
Waltenhausen
Wiesenbach

aus dem Landkreis Augsburg:

Dinkelscherben, M
Ehingen
Emersacker
Gessertshausen
Heretsried
Hilttenfingen
Kühlenthal
Mittelneufnach
Oberottmarshausen
Scherstetten
Welden, M

aus dem Landkreis Lindau (Bodense):

Grünenbach
Oberreute

aus dem Landkreis Neu-Ulm:

Altenstadt, M
Oberroth
Senden, St

aus dem Landkreis Oberallgäu:

Blaichach
Fischen i.Allgäu
Immenstadt i.Allgäu, St
Sonthofen, St

aus dem Landkreis Donau-Ries:

Alerheim
Auhausen
Deiningen
Fünfstetten
Hainsfarth
Marktoffingen
Mönchsdeggingen
Otting
Reimlingen
Rögling
Wechingen

aus dem Landkreis Ostallgäu:

Bidingen
Biessenhofen
Günzach
Obergünzburg, M
Stöttwang
Westendorf

aus dem Landkreis Günzburg:

Aichen
Bibertal
Deisenhausen
Ebershausen
Kammeltal

aus dem Landkreis Unterallgäu:

Apfeltrach
Böhen
Kammlach
Lauben
Oberrieden
Trunkelsberg
Unteregg
Wiedergeltingen

ANLAGE 8

(zu den Nrn. 7.1.1 und 7.6)

Generalsanierungen

- ☐ **Vorlage eines Sanierungskonzepts mit Kostenschätzung**
(Anlage zum Förderantrag – Nr. 7.1.1)¹
analog DIN 276 in der jeweils geltenden Ausgabe
- ☐ **Bestätigung der zuwendungsfähigen Ausgaben**
(Anlage zur Verwendungsbestätigung – Nr. 7.6)²
analog DIN 276 in der jeweils geltenden Ausgabe

Darstellung der geplanten/durchgeführten Sanierungsmaßnahmen:
Anlagen:
Bauherr/Antragsteller:
Entwurfsverfasser:

Entwurfsverfasser:

Ort, Datum

Unterschrift

¹ Die Kostenschätzung ist bei Generalsanierungen dem Zuwendungsantrag beizufügen.

² Die Bestätigung der zuwendungsfähigen Ausgaben ist bei Generalsanierungen der Verwendungsbestätigung beizufügen.

ANLAGE 8

Nr.	Kostengruppe	bei Vorlage des Antrags mit Sanierungskonzept vom Antragsteller auszufüllen	bei Vorlage der Verwendungsbestätigung vom Antragsteller zu bestätigen
		Gesamtbetrag ^{3, 4}	davon zuwendungsfähig nach Nr. 6.2.2 FwZR
		Euro	Euro
100	Grundstück		
	Summe Grundstück		—
200	Vorbereitende Maßnahmen		
210	Herrichten		—
220	Öffentliche Erschließung		—
230	Nichtöffentliche Erschließung		
240	Ausgleichsabgaben, -maßnahmen		—
250	Vorbereitende Maßnahmen insb. Ausweichunterbringung während der Generalsanierung		—
	Summe Vorbereitende Maßnahmen		
300	Bauwerk – Baukonstruktionen		
	Summe Bauwerk – Baukonstruktionen		
	davon Wohnräume		—
400	Bauwerk – Technische Anlagen		
	Summe Bauwerk – Technische Anlagen		
500	Außenanlagen und Freiflächen		
	Summe Außenanlagen und Freiflächen		
	davon nach DIN 14092 Teil 1 erforderlich:		
700	Baunebenkosten		
	Summe Baunebenkosten		
800	Finanzierungskosten		
	Summe Finanzierungskosten		—
	Zur Abrundung		
	Gesamtkosten		
	Auf der Grundlage der vom Antragsteller bestätigten abschließenden Gesamtkosten setzt die Bewilligungsbehörde gem. Nr. 6.3 FwZR folgende Förderung fest:		

³ Alle Beträge einschließlich Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), es sei denn, dass der Zuwendungsempfänger für das betreffende Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG berechtigt ist (vgl. Nr. 3.2.3 VVK, VV Nr. 3.2.3 zu Art. 44 BayHO).

⁴ Inwieweit die einzelnen Kosten zuwendungsfähig sind, richtet sich nach Nr. 6.2.2 FwZR; auf die nachstehenden Hinweise auf S. 3 wird verwiesen.

ANLAGE 8

Hinweise

Kostengruppe	zuwendungsfähig	nicht zuwendungsfähig
100 Grundstück	—	insgesamt
200 Vorbereitende Maßnahmen	Nichtöffentliche Erschließung (230)	<ul style="list-style-type: none"> – Herrichten (210) – Öffentliche Erschließung (220) – Ausgleichsabgaben (240) – Vorbereitende Maßnahmen (250)
300 Bauwerk – Baukonstruktion und 400 Bauwerk – Technische Anlagen	Insgesamt mit Ausnahme der:	<ul style="list-style-type: none"> – Zuschaueranlagen bei Sportstätten – Wohnräume (Hausmeisterwohnung, Wohnräume für Aufsichtspersonal usw.)
500 Außenanlagen und Freiflächen	soweit zur Benutzung des Gebäudes oder der Anlage unbedingt erforderlich	alle übrigen Ausgaben
700 Baunebenkosten	Architekten- einschließlich Landschaftsarchitektenleistungen und Ingenieurleistungen (720 bis 740), jedoch nur, wenn die Leistungen (mit Ausnahme der Grundlagenermittlung, Vorplanung, Mitwirkung bei der Vergabe, Objektbetreuung sowie Dokumentation) nicht durch kommunales Personal oder von Dritten unentgeltlich erbracht werden	alle übrigen Ausgaben

NOTIZEN

NOTIZEN



Wollen Sie mehr über die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung erfahren?

BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Telefon 089 12 22 20 oder per E-Mail an direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

IMPRESSUM

Herausgeber: Staatliche Feuerwehrschieule Würzburg,
Weißenburgstr. 60, 97082 Würzburg

Gestaltung: Staatliche Feuerwehrschieule Würzburg,
Fachbereich Lehr- und Lernmittel



feuerwehr-lernbar.bayern

Kosten abhängig
vom Netzbetreiber

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.